07, 11, 79

## **Antrag**

der Abgeordneten Dr. Abelein, Dr. Marx, Dr. Dregger, Baron von Wrangel, Böhm (Melsungen), Dr. Hennig, Lintner, Graf Huyn, Schmöle, Straßmeir, Würzbach, Niegel, Dr. Kunz (Weiden), Röhner, Jäger (Wangen) und der Fraktion der CDU/CSU

Verstärkung und Ausbau der Institutionen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte

Der Bundestag wolle beschließen:

 Der Deutsche Bundestag stellt mit Bedauern fest, daß die Menschenrechte – seien es die bürgerlichen und politischen oder die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte – noch immer nicht weltweit verwirklicht sind. Dies gilt auch und besonders im Hinblick auf die DDR.

Für die Bundesrepublik Deutschland bleibt es daher ein wesentliches Ziel, die Verwirklichung der Menschenrechte für alle Deutschen durchzusetzen.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt, daß die Verwirklichung der Menschenrechte eine universelle Aufgabe ist. Die internationale Gemeinschaft kann daher die Menschenrechte nicht nur der innerstaatlichen Verantwortung überlassen.

Der Deutsche Bundestag ermutigt die Vereinten Nationen, anknüpfend an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und die beiden internationalen Pakte von 1966 weitere Schritte zu einem verbesserten Schutz der Menschenrechte zu unternehmen.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre wiederholt unterbreiteten Vorschläge, die Institutionen der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte zu stärken und auszubauen, endlich zu konkretisieren und tatkräftig für ihre praktische Verwirklichung zu arbeiten.

Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, konkrete Initiativen für die Schaffung eines Menschenrechtsgerichtshofes der Vereinten Nationen und die Einsetzung eines Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte zu ergreifen.

Bonn, den 7. November 1979

Dr. Abelein Dr. Marx Dr. Dregger Baron von Wrangel Böhm (Melsungen)

Dr. Hennig

Lintner

Graf Huyn

Schmöle

Straßmeir

Würzbach

Niegel

Dr. Kunz (Weiden)

Röhner

Jäger (Wangen)

Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion